

nicht durchgebracht *werden* kann, so will sich eben die Bonner Regierung die Ermächtigung hierzu von den ehemaligen Besatzungsmächten geben lassen. Das zeigt, wie ernst die Situation in Westdeutschland für den Frieden und für die Werktätigen geworden ist. Weder Demokratie noch Grundrechte der Bürger sind mehr gesichert. Und von einer politischen Willensbildung des Volkes kann kaum noch die Rede sein. Die im Grundgesetz vorgesehene parlamentarische Demokratie wird null und nichtig. Immer sichtbarer wird der Weg von der autoritären Herrschaft der CDU/CSU hin zur offenen Diktatur im Interesse und im Auftrag des Besitzbürgertums. Damit wird innenpolitisch in Westdeutschland eine neue Vorkriegszeit organisiert.

Die Note der Regierung der westdeutschen Bundesrepublik vom 25. März 1966 an die Staaten der Welt, die von vielen Empfängern zu Recht als Täuschungsmanöver qualifiziert worden ist, enthält die revanchistischen Ansprüche auf die Grenzen von 1937. Indem die Bonner Regierung den Gewaltverzicht gegenüber der DDR ausnimmt, fordert sie zugleich freie Hand für Aggressionsakte gegen die Deutsche Demokratische Republik. Die CDU/CSU-Führung und in ihrem Gefolge leider auch die Führung der SPD schätzen offenbar die innere Einheit und Stärke der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Verbündeten falsch ein. Es ist bedauerlich, daß der Parteivorstand der SPD in seinem Entschließungsentwurf zur Deutschlandpolitik für den Dortmunder Parteitag gerade dieses Täuschungsmanöver der Regierung Erhard begrüßt.

Auch der Parteivorstand der SPD sagt in seiner zweiten „Offenen Antwort“: „Unser Volk will nicht, daß von deutschem Boden ein neuer Krieg ausgeht. Es will, daß in Europa und in der Welt eine stabile Friedensordnung auf gebaut wird.“

Das ist zweifellos richtig. Aber *eine* Sache ist, was das Volk in Westdeutschland will, und eine ganz *andere* Sache, was die Regierung der CDU/CSU, die Rüstungsmonopole und die Militärs tun. Das Volk will Frieden. Daran zweifeln wir nicht. Aber die Regierung Erhard ist mittendrin, eine neue Vorkriegszeit zu organisieren. So ist doch die Lage.

Der Anspruch der Regierung in Bonn, die Gesetze der westdeutschen Bundesrepublik hätten Geltung für die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik und sogar für Bürger der Volksrepublik Polen und der UdSSR, unterstreicht das aggressive Wesen ihrer Politik und